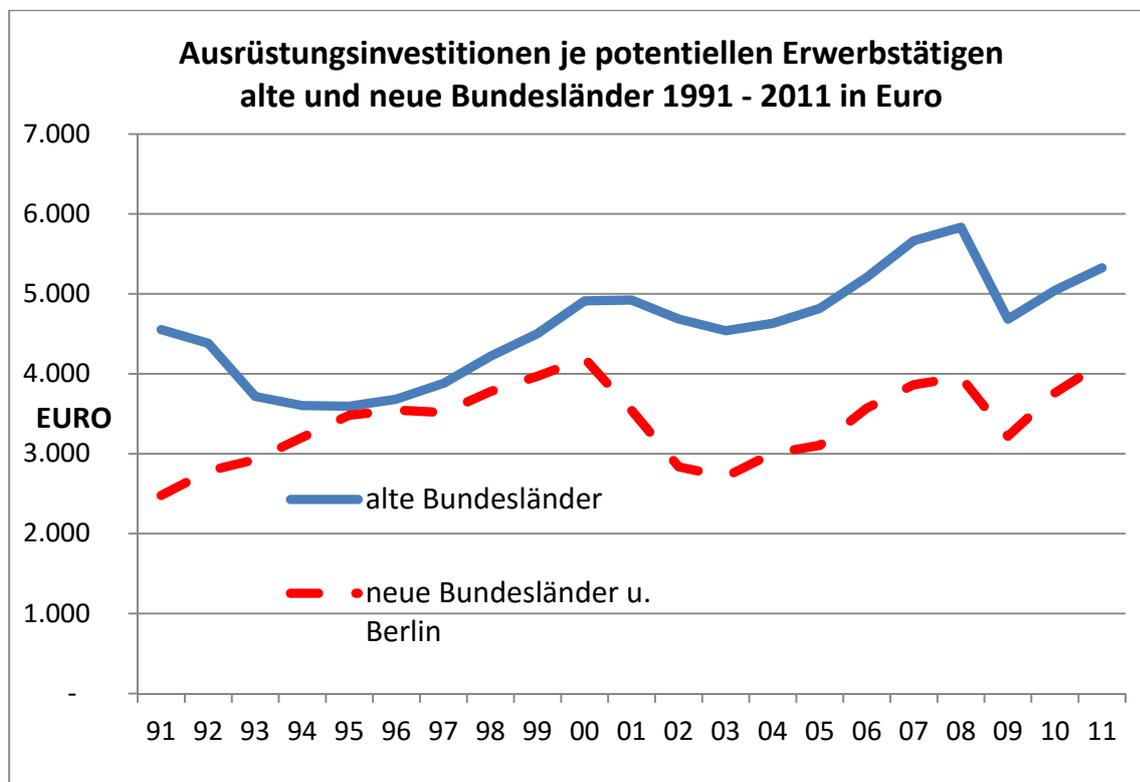


Aufbau Ost – gelungen?

Ausrüstungsinvestitionen

Alle internationalen und historischen Erfahrungen belegen: Nach einem außerordentlichen gewaltigen wirtschaftlichen Einbruch, gleichgültig durch Krieg, Krisen oder Naturkatastrophen, wird es immer erforderlich, die Ausrüstungsinvestitionen anzukurbeln und im großem Maßstab neue modernere Produktionskapazitäten zu errichten. Der wirtschaftliche Absturz in den neuen Bundesländern unmittelbar nach dem Beitritt erforderte einen derartigen Einsatz von Ausrüstungsinvestitionen. Mit ihnen wären neue und in der Regel produktivere Arbeitsplätze entstanden und so die vorhandenen und nicht zu leugnenden Defizite an Wirtschaftskraft Schritt für Schritt beseitigt.

Das ist in den neuen Bundesländern ausgeblieben und diese Enthaltensamkeit rächt sich nun über Jahrzehnte.



Nach dem Beitritt der DDR gab es zunächst einen zaghaften Anstieg von Ausrüstungsinvestitionen, sie blieben immer unter dem westdeutschen Niveau. Bereits nach wenigen Jahren wurde diese Entwicklung abgebrochen und das immerhin noch stetig wachsende Potential an Ausrüstungsinvestitionen überwiegend in das frühere Bundesgebiet gesteuert.

Diese Tabelle konnte wegen fehlender langfristiger Daten zur Erwerbstätigkeit nicht fortgeschrieben werden. Die letzten Angaben über preisbereinigte Ausrüstungsinvestitionen für die Jahre 2010 bis 2013 lassen keine Trendwende erkennen:

Ausrüstungsinvestitionen preisbereinigt 2010 = 100

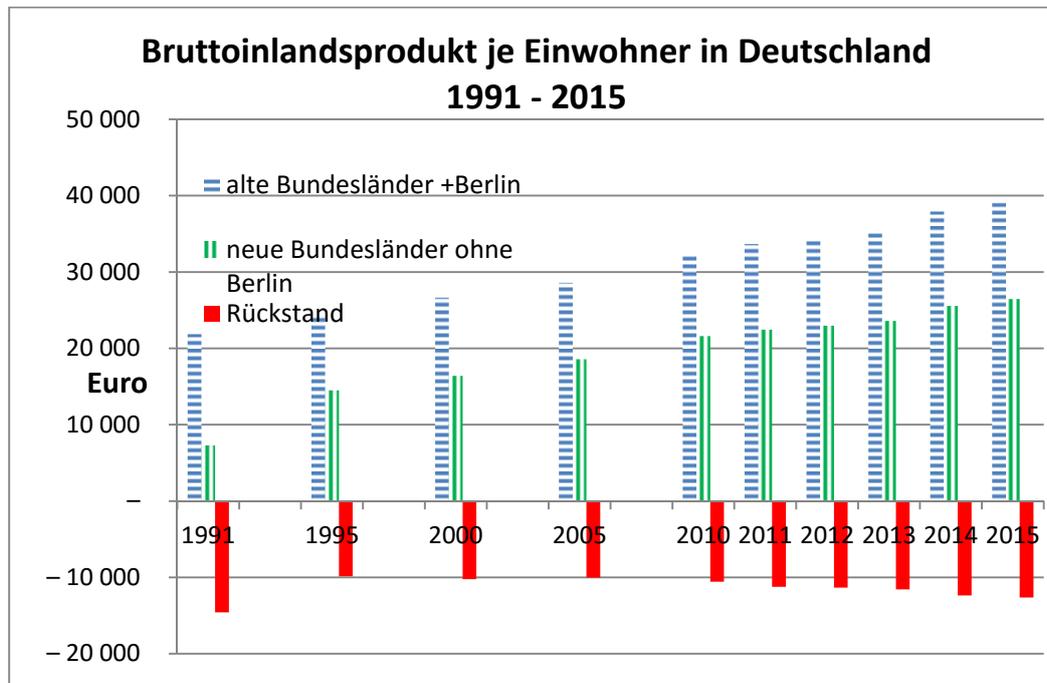
Jahr	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer
2010	100,0	100,0
2011	106,4	104,1
2012	104,7	104,0
2013	103,4	100,8

Quelle: Arbeitskreis "Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder" Bruttoanlageinvestitionen in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2013. Reihe 1, Band 3 Angaben ohne Berlin

Unter diesen Bedingungen bleibt es weiterhin unrealistisch den Grundgesetzauftrag der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet“ für die neuen Bundesländer zu verwirklichen.

Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in den neuen Bundesländern bleibt weiter zurück:



Die Kluft in der Wirtschaftskraft der beiden Landesteile hat sich im letzten Jahrzehnt verfestigt – noch schwerwiegender ist der anhaltend sich wieder stetig vergrößernde absolute Rückstand der Wirtschaftskraft beider Landesteile. Pro Einwohner betrug der Rückstand am produzierten Bruttoinlandsprodukt 2005 in den neuen Bundesländern

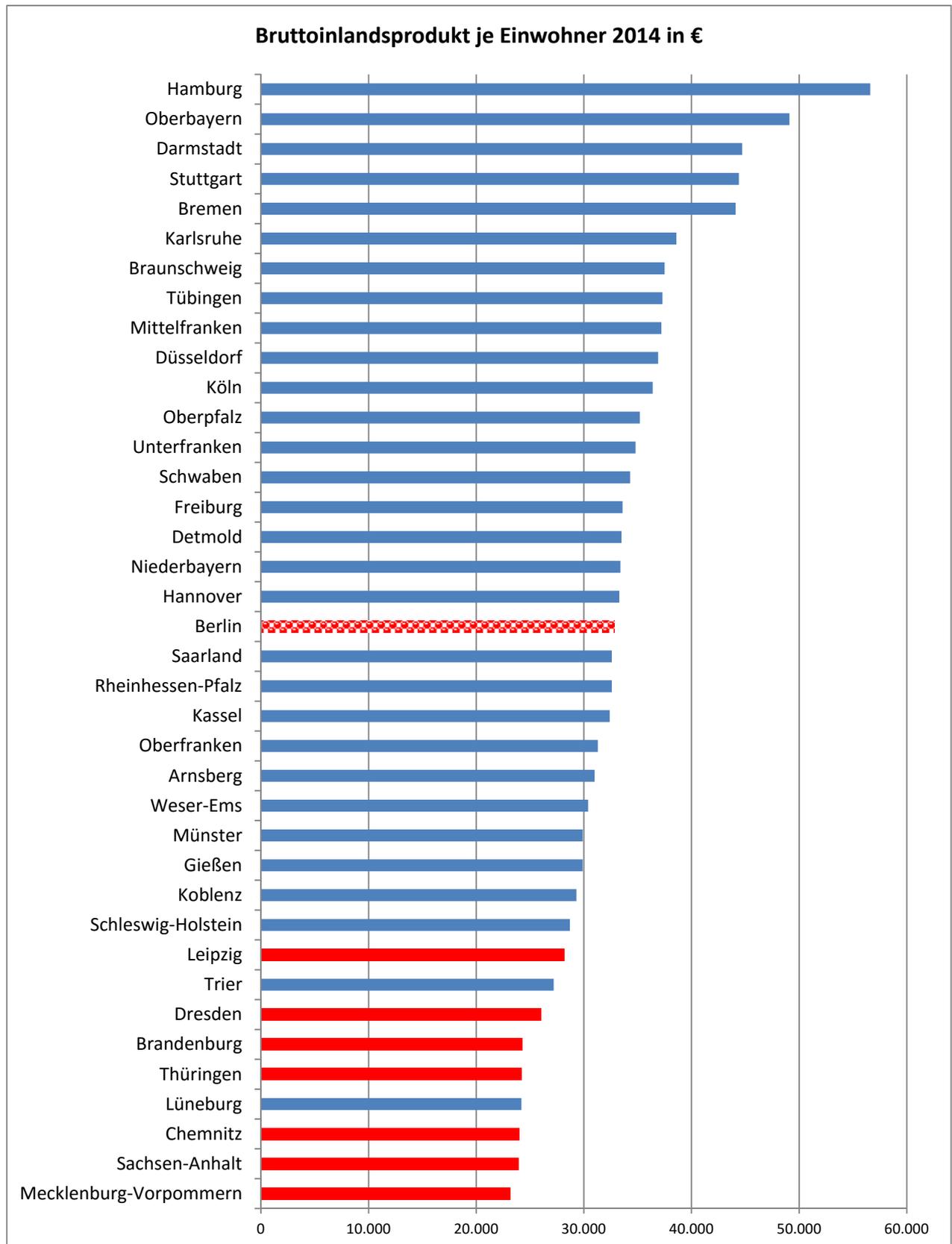
10.012 Euro,

bis 2015 vergrößerte sich der absolute Rückstand auf

12.633 Euro je Einwohner.

Für eine tiefere Analyse der regionalen Struktur eignet sich nicht die Aufteilung nach den 16 Bundesländern, da sie in ihrer Größe sehr unterschiedlich sind. Für aussagefähigere regionale Vergleiche, eignen sich die von der EU verwendeten NUT-2 Regionen. Die Bundesrepublik wird in 36 Regionen aufgeteilt, das entspricht in den größeren Bundesländern der Untergliederung nach Regierungsbezirken. Regionale EU Fördermittel werden an diese NUT-2 Regionen verteilt.

Gemessen am **Bruttoinlandsprodukt** je Einwohner bleiben die ostdeutschen Regionen die Schlusslichter in der Bundesrepublik hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft.



Anmerkung: Die Region Trier gehört mit nur 520.000 Einwohnern zu den kleinsten NUT2-Regionen in Deutschland. Lüneburg ist zudem eine typische Region mit einem hohen Anteil von Arbeitspendlern in die Nachbarregionen Hamburg und Braunschweig/Hannover.

Bemerkenswert ist, dass das *Land Thüringen* – eine Region die jahrzehntelang eine Spitzenstellung der Hochtechnologie in Deutschland einnahm – Firmen wie Carl-Zeiss

Jena oder Maschinenbaubetriebe aus Erfurt lieferten ihre Erzeugnisse in die gesamte Welt. Jetzt gehört Thüringen gemessen am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner zu den ärmeren Regionen der Bundesrepublik.

Noch eine weitere Besonderheit ist erkennbar: Im Gegensatz zu allen europäischen Hauptstädten führt die deutsche Hauptstadt nicht die Rangliste der wirtschaftsstarke Regionen an, sondern befindet sich im unteren Mittelfeld aller deutschen Regionen. Paris, London, Wien, Warschau, Rom sind wirtschaftliche Kraftzentren ihrer Länder, Berlin als mit Abstand größte Stadt der Bundesrepublik ist es nicht. Deshalb wird Berlin nicht als eine wirtschaftliche Metropole für das Umland ausreichend und stark wirksam.

Inzwischen haben die wirtschaftlichen Wachstumsraten in der Bundesrepublik eine fallende Tendenz. Ein jährliches Wachstum von 0,4 Prozent wird bereits als Zeichen von Überlegenheit und Stabilität interpretiert. Unter diesen Bedingungen ist es nicht überraschend, dass es den neuen Bundesländern nicht gelungen ist, bei diesem geringen gesamtdeutschen Anstieg auf das Niveau der alten Bundesländer zu gelangen. Das Gegenteil ist eingetreten.

Die Wirtschaftsexperten haben sich mit dieser unbefriedigten Situation abgefunden. Das IWH Halle, ein Institut, das sich besonders mit der wirtschaftlichen Entwicklung in den neuen Bundesländern beschäftigt, veröffentlichte seine Prognose für das Jahr 2016 mit der Überschrift: Gute Aussichten nach schwachem Start in das Jahr 2016!

Berechnet hatte das Institut für das 1. Quartal 2016 einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts für die neuen Bundesländer von 0,1 Prozent. Berücksichtigt man dabei die üblichen Fehlermargen, sind 0,1 Prozent Stagnation und berücksichtigt man dann noch den Zuwachs der Einwohnerschaft in den neuen Bundesländern durch die Aufnahme von Flüchtlingen, so bedeutet das berechnet auf die Einwohnerschaft nicht nur Stagnation, sondern Rückgang des Bruttoinlandsprodukts je Einwohner.

Das Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Flächenländer ist von Januar bis März dieses Jahres – saisonbereinigt – um 0,1% gegenüber dem Schlussquartal 2015 gestiegen. Für den Rest des Jahres wird von diesem Institut ein Produktionszuwachs von 0,3% erwartet.

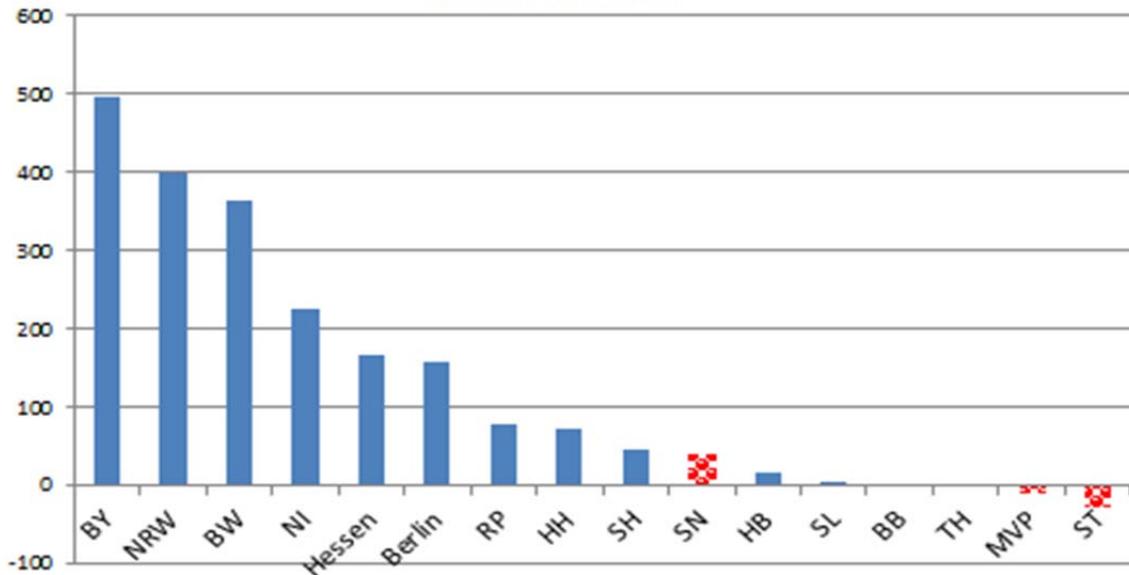
Erwerbstätigkeit

Ununterbrochen werden neue Rekorde bei den Zahlen zur Beschäftigung gemeldet. Die neuen Bundesländer profitieren nicht von diesen Anstiegen. Hier stagnierte im Zeitraum 2010 bis 2015 die Zahl der Erwerbstätigen, während sie vor allem in Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg kräftig zulegen.

Dieses bereits beschriebene Manko an Ausrüstungsinvestitionen hatte Folgen für die Beschäftigung: Neue und vor allem hochproduktive Arbeitsplätze wurden im Osten Deutschlands **nicht** geschaffen. Dieser Trend hält bis in die Gegenwart an.

Hier eine Aufstellung, wo in den letzten fünf Jahren neue Arbeitsplätze in den Ländern der Bundesrepublik entstanden:

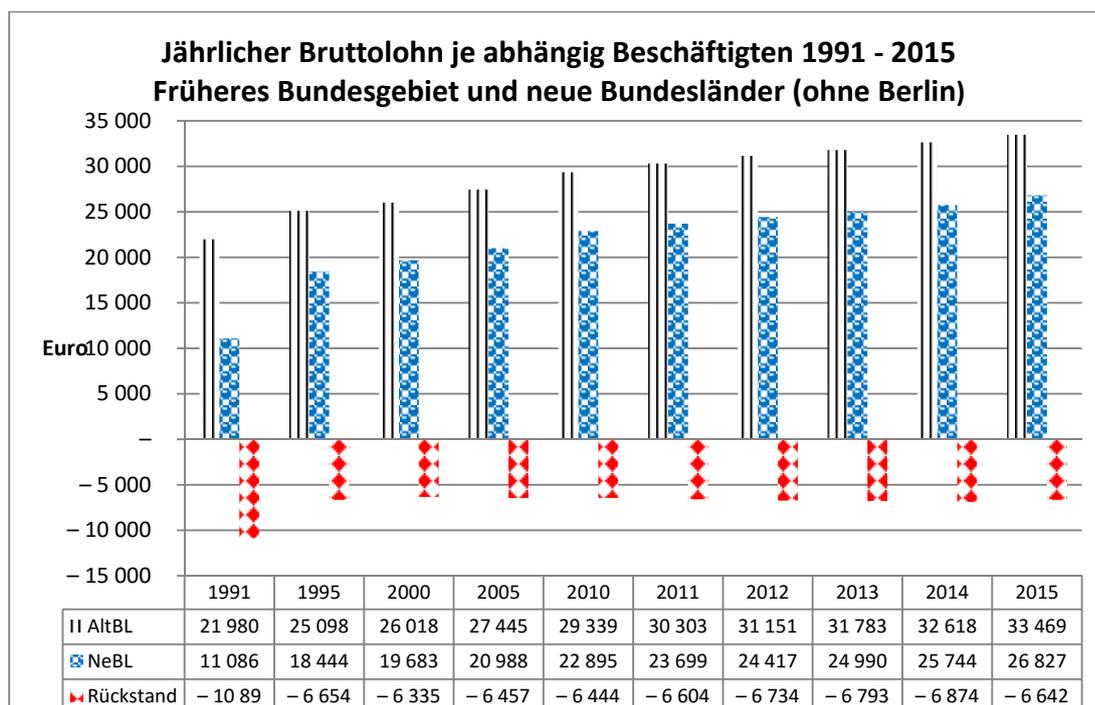
Zu - Abnahme der Zahl der Erwerbstätigen 2010 - 2015 in den Bundesländern (1.000 Personen)



Mehr als eine Million neue Arbeitsplätze entstanden zwischen 2010 und 2015 in den drei Bundesländern Bayern, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Die neuen Bundesländer gingen fast leer aus.

Ein Lesebeispiel: In Rheinland-Pfalz – von der Bevölkerungszahl etwa so groß wie der Freistaat Sachsen und nicht ein Paradebeispiel für Wirtschaftskraft – hatte in dem oben beschriebenen Zeitraum von 2010 bis 2015 ein Erwerbstätigenzuwachs von 76.000 Personen, das etwa gleich große Sachsen hatte als einziges neues Bundesland lediglich eine Zunahme von 40.000 Personen.

Die Lohnlücke vergrößert sich



Die Einkommen der Bevölkerung

Die Lebensverhältnisse in einer modernen Gesellschaft werden vor allem bestimmt durch die Geldmenge, die netto einer Person zur Verfügung steht. Zu den Nettoeinkommen gehören die Einkünfte aus Arbeit und Vermögen plus alle Sozialleistungen wie Rente, Arbeitslosengeld, Kindergeld, nicht enthalten sind Sozialbeträge und Steuern.

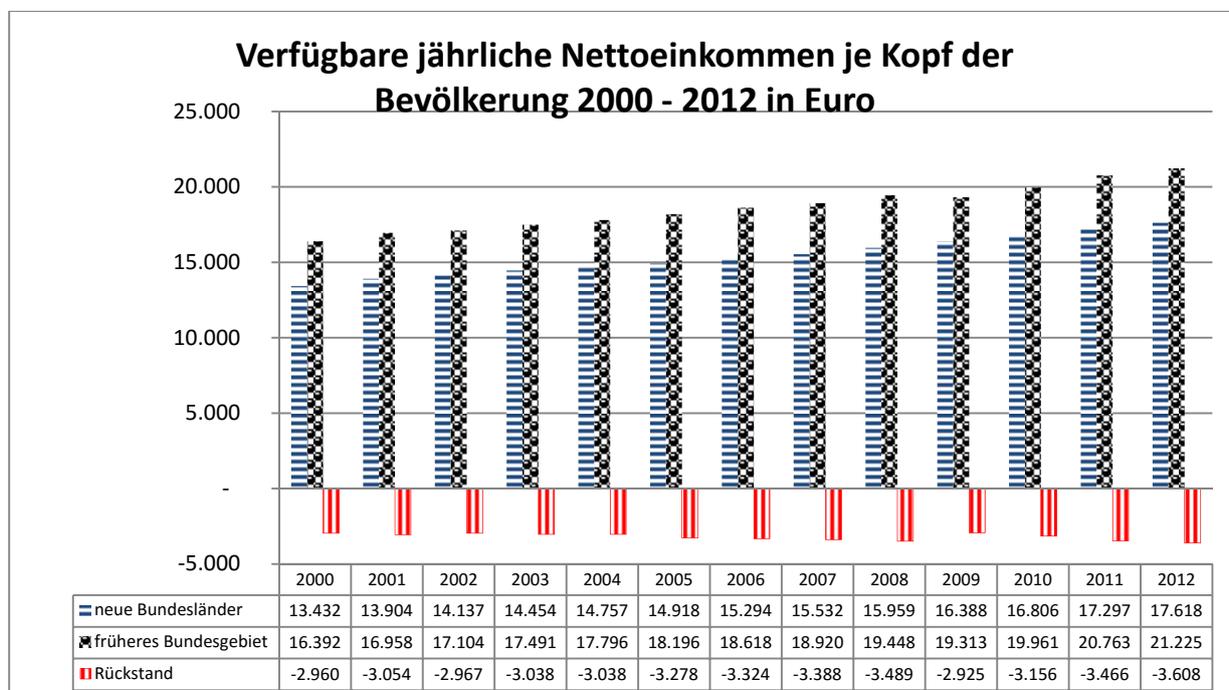
Pro Einwohner standen in der Bundesrepublik im Jahr 2012 **im Durchschnitt** 20.073 Euro (also 1.673 Euro je Monat) zur Verfügung.

davon in

neuen Bundesländern (ohne Berlin) über 17.618 Euro
im früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) über 21.225 Euro

Dabei sind die Unterschiede zwischen Westdeutschland mit ca. 3.600 € beträchtlich. Nicht zu übersehen ist, dass sich die Schere der Einkommen im letzten Jahrzehnt nicht verringert, sondern vergrößert hat. Im Jahr 2000 betrug der Abstand nur 2.960 Euro. Der absolute Rückstand hat sich um etwa ein Fünftel erhöht.

Es existiert gegenwärtig kein Angleichungsprozess in der Bundesrepublik – sondern die Einkommen und damit die Lebensverhältnisse driften auseinander.



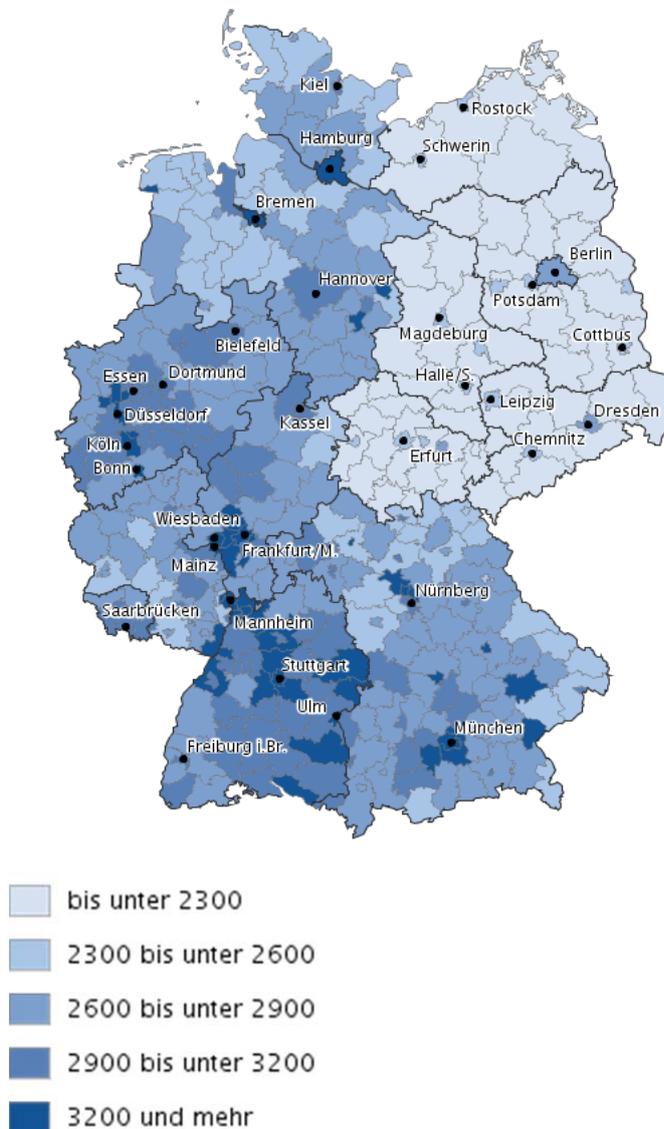
Bruttojahresverdienste vollzeitbeschäftigter abhängig Beschäftigter nach Leistungsgruppen 2015 in Euro

Leistungsgruppe	früheres Bundesgebiet mit Berlin	neue Bundesländer ohne Berlin	Differenz
Leitende Stellung	93.499	72.080	-21.419
Herausgehoben Fachkräfte	58.698	45.386	-13.312
Fachkräfte	40.297	31.271	- 9.026
Angelernte	32.990	25.490	- 7.500
Ungelernte	26.777	22.811	- 3-966
Insgesamt	49.460	36.828	-12.632

Besonders hoch ist die Lohndifferenz bei Hochqualifizierten. Ein Unterschied von monatlich ca. 1.800 Euro bei den hochqualifizierten Beschäftigten verstärkt den Anreiz, sich eine gleichartige Beschäftigung in den alten Bundesländern zu suchen.

Die folgende Karte aus dem Bundesamt für Kartographie und Geodäsie beweist eindeutig, die wirtschaftliche Spaltung der Bundesrepublik ist unübersehbar. Die alte Grenze zwischen West- und Ostdeutschland besteht weiter. Das zu leugnen ist sträflich.

Monatliches Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2012 in Euro



Geoinformationen © Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, eigene Generalisierung. Zentrale Orte: Pläne und Programme der Länder.

Die hier vorgelegten Fakten bleiben den Menschen in den neuen Bundesländern nicht unbemerkt. Politiker sollten aus der folgenden Aufstellung aus dem jüngsten Datenreport zur Kenntnis nehmen, dass in den neuen Bundesländern große Teile der Bevölkerung mit dem praktizierten demokratischen System deutlich unzufriedener sind als ihre Nachbarn im Westen der Bundesrepublik. Die hier vorgelegten Fakten haben mit großer Wahrscheinlichkeit dazu beigetragen.

► **Abb 2** Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land 2015 — in Prozent

